



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mail: info@linksfraktion-ps.de

Internet: www.linksfraktion-ps.de

Antrag zur Stadtratssitzung am 29. September 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

15. September 2014

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 29. September 2014 zu setzen.

Pakt für Pirmasens reformieren – Kooperationsvereinbarung mit dem Stadtrat

Der Stadtrat beschließt folgende Kernpunkte einer Kooperationsvereinbarung mit dem Pakt für Pirmasens:

Leistungen der Stadt Pirmasens:

1. Der Pakt für Pirmasens wird weiterhin als ein soziales Netzwerk ohne rechtsverbindliche Struktur im Sinne eines Vereins, eines Dachverbandes oder einer Stiftung unterstützt und gefördert.
2. Die Koordinierungsstelle des Pakts bleibt angesiedelt bei der Stadtverwaltung und wird von der Stadt Pirmasens weiterhin finanziert.
3. Spenden an den Pakt für Pirmasens werden weiterhin unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen von der Stadt Pirmasens verwaltet und regelmäßig vom Rechnungsprüfungsamt geprüft.
4. Kommunikationsstrukturen, Räumlichkeiten und andere Ressourcen werden weiterhin im gewohnten Umfang von der Stadt Pirmasens kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Leistungen des Pakts für Pirmasens:

1. Der Pakt für Pirmasens verpflichtet sich in öffentlicher Sitzung des Stadtrats halbjährlich über Projekte, Finanzen und Planungen zu informieren und sich den Fragen des Stadtrats zu stellen.

2. Der Pakt für Pirmasens bestellt aus seiner Mitte zwei Revisoren, die nicht der Stadtverwaltung angehören und geförderte Projekte auf die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der eingesetzten Finanzmittel überprüfen. Die Revisoren legen dem Stadtrat in öffentlicher Sitzung halbjährlich einen schriftlichen Bericht vor.
3. Der „Runde Tisch“ des Pakts gibt sich die folgenden basisdemokratischen Regeln. Es erfolgt eine sinngemäße Festlegung und entsprechende Abstimmung durch den runden Tisch:

Sitzungen des runden Tisches finden öffentlich statt. Zu allen Sitzungen insbesondere zu Wahlen wird mit entsprechender Tagesordnung öffentlich eingeladen. Zu allen Sitzungen wird die Presse eingeladen. Es werden eine Anwesenheitsliste und Protokoll geführt.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des runden Tisches sind uneingeschränkt stimmberechtigt.

Der Runde Tisch wählt aus seiner Mitte zu jeder Sitzung eine Versammlungsleitung und eine Schriftführerin bzw. einen Schriftführer in offener Abstimmung. Versammlungsleitung und Schriftführung sollten nicht mit Mitgliedern der Stadtverwaltung besetzt werden.

Die Anzahl der Mitglieder des Förderausschusses und deren Amtszeit werden auf Vorschlag des runden Tisches pro Amtszeit festgelegt. In der Regel beträgt die Amtszeit des Förderausschusses zwei Jahre. Weitere Gremien können auf Vorschlag des runden Tisches festgelegt und gewählt werden.

Der Förderausschuss hat die Aufgabe, eine sachgemäße Beurteilung von Projekten vorzunehmen, die Durchführung und Ergebnisse von Projekten zu evaluieren und Projekte zur Beratung durch den runden Tisch vorzuschlagen. Die Entscheidung über die Durchführung und Finanzierung von Projekten trifft der runde Tisch.

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer des runden Tisches hat das Recht, Mitglieder des Förderausschusses oder anderer Gremien und sich selbst zur Wahl vorzuschlagen.

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer des runden Tisches hat das Recht, Projektanträge und sonstige Angelegenheiten zur Abstimmung zu stellen.

Projektanträge werden dem runden Tisch schriftlich zur Abstimmung vorgelegt. Sie enthalten eine genaue Projektbeschreibung und einen Finanzierungsvorschlag. Projekte und Projektanträge sind grundsätzlich zeitlich begrenzt. Ein Automatismus oder eine zeitlich unbegrenzte Förderung bestehen nicht.

Abstimmungen erfolgen in der Regel offen mit einfacher Mehrheit. Antrag auf geheime Abstimmung kann gestellt werden und ist mit einfacher Mehrheit abzustimmen. Turnusgemäße Personenwahlen des Förderausschusses oder anderer Gremien werden geheim durchgeführt.

Begründung:

Der „Pakt für Pirmasens“ bezeichnet sich selbst als Netzwerk von „Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen“. Ziel des Netzwerks ist die „Verbesserung von Bildungschancen für Kinder und Jugendliche“. Im Pakt für Pirmasens würden die vorhandenen staatlichen und ehrenamtlichen Initiativen gebündelt und individuell nach Bedürfnissen von Kindern koordiniert, lautet die Selbstauskunft auf der homepage der Stadt Pirmasens. Neben dem „Runden Tisch“ als offensichtlichem Entscheidungsträger fungiert als weiteres „Organ“ ein „Förder- bzw. Lenkungsausschuss“, der laut Selbstauskunft über die „konkrete Vergabe von Fördermitteln entscheidet“. Der Förderausschuss besteht aus 8 Mitgliedern und wurde 2010 vom „Runden Tisch“ gewählt. Ein Koordinierungsbüro wird von der Stadt Pirmasens unter dem inzwischen zurückgetretenen hauptamtlichen Koordinator Alois Bold geführt. Spenden an den „Pakt für Pirmasens“ werden von der Stadt Pirmasens entgegengenommen und verwaltet.

Der „Pakt für Pirmasens“ besitzt keine verbindliche Rechtsform im Sinne eines Vereins, einer Stiftung, eines Dachverbandes oder ähnlicher Strukturen. Eine eigenverantwortlich betriebene homepage des Netzwerkes besteht nicht. Informationen zum „Pakt für Pirmasens“ werden als Unterseiten im Internetauftritt der Stadt Pirmasens unter den dadurch bestehenden rechtlichen und redaktionellen Bedingungen geführt. Eine Satzung oder ein vergleichbares Regelwerk existieren nicht. Die Sitzungen des „runden Tisches“ werden regelmäßig von Oberbürgermeister Dr. Matheis geleitet und es wird Protokoll geführt.

DIE LINKE hält ein loses Netzwerk ohne rechtverbindliche Strukturen und die ebenfalls unstrukturierte und intransparente Vermengung von Interessen von Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen und politischen Verantwortungsträgern für nicht zielführend, um die selbstgesteckten Aufgaben des Pakts nachhaltig und dauerhaft umzusetzen. Die von Oberbürgermeister Dr. Matheis postulierte basisdemokratische Verfassung und Unabhängigkeit von der Politik des Paktes für Pirmasens existiert gerade nicht. Basisdemokratie bedeutet nicht die Abwesenheit von Struktur und Regelwerk, sondern ist Willkür, wenn allgemeinverbindliche und nachvollziehbare Regeln fehlen. Besonders problematisch und angreifbar wird aus unserer Sicht die nicht vorhandene rechtsverbindliche Struktur des Pakts, wenn es bei der Umsetzung von Projekten zu Haftungsfragen, Rechtsstreitigkeiten oder finanziellen Unregelmäßigkeiten kommen sollte.

Auf der Sitzung des Runden Tisches am 25. Juli 2014 haben verschiedene Protagonisten und Sprachführer des Runden Tisches die Bildung einer rechtsverbindlichen Struktur für den Pakt für Pirmasens in ihren Redebeiträgen abgelehnt. Eine Abstimmung darüber, ob sich der Pakt für Pirmasens eventuell eine verbindlichere Struktur geben sollte, fand jedoch nicht statt.

Wir nehmen diese Willenserklärungen zur Kenntnis und verzichten darauf, eine Abstimmung des Stadtrates über die Bildung einer rechtsverbindlichen Struktur für den Pakt für Pirmasens herbeizuführen.

Dennoch können die nicht unbeträchtlichen finanziellen und organisatorischen Unterstützungsleistungen der Stadt Pirmasens für das Netzwerk Pakt für Pirmasens nicht weiterhin im luftleeren Raum erfolgen.

Wir schlagen daher die oben in Grundzügen formulierte Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Pirmasens und dem Pakt für Pirmasens vor, die mangels Struktur des Paktes zwar kein Vertrag im rechtlichen Sinne, aber zumindest eine Absichtserklärung mit empfehlenden Charakter sein kann, die in freier Entscheidung ergänzt und möglicherweise mit weiteren Details versehen vom Runden Tisch selbst übernommen werden sollte.

Alleine die finanzielle Unterstützung des Paktes für Pirmasens durch die Stadt Pirmasens machen aus unserer Sicht eine regelmäßige Berichterstattung des Paktes gegenüber dem Stadtrat und eine unabhängige Prüfung der Verwendung der Spendengelder durch einerseits den Pakt mittels zweier zu wählenden Revisoren sowie andererseits die regelmäßige Prüfung der Rechnungslegung durch das Rechnungsprüfungsamt erforderlich. Denn letztlich entscheidet der Stadtrat über die Verwendung von finanziellen Mitteln der Stadt Pirmasens innerhalb der Haushaltsentscheidungen.

Darüber hinaus ist aus demokratischer Sicht die schriftliche Fixierung und damit die Herstellung von Allgemeinverbindlichkeit einiger grundlegender und selbstverständlicher demokratischer Grundregeln unabdingbar. Stehen beispielsweise Wahlen von Gremien wie dem Förder- und Lenkungsausschuss des Paktes an, sollten vorher wenigstens Zusammensetzung, Amtsdauer und insbesondere das aktive und passive Wahlrecht geregelt sein. Eine auf dem Zufall beruhende Wahlentscheidung und eine aus dem Zufallsprinzip sich zusammensetzende Wahlversammlung haben mit Basisdemokratie nichts gemein und sind das Gegenteil von politischer Unabhängigkeit.

Unsere grundsätzliche Kritik am ausschließlich karitativen Charakter des Paktes für Pirmasens halten wir unabhängig von diesem Antrag aufrecht. Die skandalöse Kinderarmut mit rund 1500 Kindern unter 15 Jahren, die in Pirmasens unterhalb der Armutsgrenze existieren müssen, hat sich auch durch das Wirken des Paktes nicht wesentlich verringert. Der Staat und die politisch Verantwortlichen können sich durch die Übertragung von sozialen Aufgaben auf private Initiativen und ehrenamtlich Tätige ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Sozialstaatsprinzips nicht entledigen. Denn dabei gerät die soziale Gerechtigkeit regelmäßig unter die Räder. Ein menschenwürdiges Dasein ohne existenzielle Ängste, gleiche Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit lassen sich nur durch einen allgemeingültigen Rechtsanspruch für alle Kinder und nicht durch eine selektive Förderung von Einzelpersonen oder Gruppen herstellen.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:

.....
Frank Eschrich, Vorsitzender

.....
Brigitte Freihold, stellv. Vorsitzende